



Aktueller Begriff

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

Die Vereinigung von Linkspartei.PDS und WASG zur Partei „DIE LINKE.“

Am 16. Juni 2007 wollen sich in Berlin auf einem Gründungsparteitag die Parteien Linkspartei.PDS und WASG zur neuen gesamtdeutschen Partei „DIE LINKE.“ vereinigen. Bereits seit der Bundestagswahl 2005 existiert im 16. Deutschen Bundestag die Fraktion „DIE LINKE.“, deren Vorsitzende Gregor Gysi (Linkspartei.PDS) und Oskar Lafontaine (WASG) sind. Mit zusammen über 70.000 Mitgliedern wird die neue Partei nach SPD, CDU und CSU die viertgrößte Mitgliederzahl aller Parteien in Deutschland haben.

Die Vereinigung beider Parteien schließt einen seit rund zwei Jahren andauernden Parteibildungsprozess ab. Während die Linkspartei.PDS insbesondere in Ostdeutschland verankert ist, hat die WASG ihren Schwerpunkt in den alten Bundesländern. Die Linkspartei.PDS ging aus der im Jahr 1946 gegründeten SED („Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“) hervor. In Folge der friedlichen Revolution in der DDR im Herbst 1989 ergänzte die SED im Dezember 1989 ihren bisherigen Namen durch den Zusatz PDS („Partei des Demokratischen Sozialismus“). Im Februar 1990 änderte die SED-PDS ihren Namen dann in PDS. Dieser Name hatte bis zum Sommer 2005 Bestand, als sich die Partei in „Linkspartei.PDS“ unbenannte. Die Partei hat derzeit rund 60.300 Mitglieder, von denen die überwiegende Mehrzahl in den östlichen Bundesländern wohnt. Die Linkspartei.PDS nahm seit 1990 an allen Bundestagswahlen teil, wobei sie bei den Wahlen 1998 und 2005 in Fraktionsstärke sowie 1990 und 1994 in Gruppenstärke in den Deutschen Bundestag einzog. In Ostdeutschland ist die Partei seit 1990 stets in allen sechs Länderparlamenten vertreten. Seit der Landtagswahl im Mai 2007 in Bremen (Ergebnis: 8,4 %) ist die Linkspartei.PDS erstmals auch in einem westdeutschen Landesparlament präsent. Derzeit ist die Linkspartei.PDS - in einer Koalition mit der SPD in Berlin - an einer Landesregierung in Deutschland beteiligt.

Die WASG wurde am 3. Juli 2004 zunächst in Vereinsform als Zusammenschluss der vor allem in den alten Ländern aktiven „Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit“ (ASG) sowie der Initiative „Wahlalternative“ unter dem Namen „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ gegründet. Hauptgrund für die Initiatoren - unter ihnen eine Reihe von Gewerkschaftsfunktionären - war die Ablehnung der von der rot-grünen Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder seit dem Jahr 2003 verfolgten Politik der „Agenda 2010“. Am 22. Januar 2005 gründete sich die WASG in Göttingen als Partei unter dem Namen „Arbeit & soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative“. Der Gründungsparteitag fand am 7./8. Mai 2005 in Dortmund statt. Die Zahl der Mitglieder beträgt derzeit ca. 11.500. Die WASG nahm in der Zeit ihres Bestehens an fünf Landtagswahlen teil. Bei den Wahlen in Nordrhein-Westfalen (2,2 %) im Jahr 2005 sowie Baden-Württemberg (3,1 %), Berlin (2,9 %), Rheinland-Pfalz (2,6 %) sowie in Mecklenburg-Vorpommern (0,5 %) im Jahr 2006 blieb die Partei unter der Fünf-Prozent-Hürde.

Die Ankündigung der SPD-Bundesspitze am 22. Mai 2005, nach der Niederlage der SPD bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vorgezogene Bundestagswahlen anzustreben, wirkte als Katalysator für eine Zusammenarbeit von PDS und WASG. Um bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 gesamtdeutsch erfolgreich bestehen zu können, kam es unmittelbar nach dem 22. Mai 2005 zu intensiven Verhandlungen zwischen den Vorständen der beiden Parteien. Bereits am 10. Juni 2005 einigten sich PDS und WASG grundsätzlich über den Antritt als gemeinsames Linksbündnis bei der Bundestagswahl 2005. Am 17. Juni 2005 hielten die Delegationen beider Parteien dann in einer Grundsatzvereinbarung – die später als erstes Kooperationsabkommen bezeichnet

wurde – ihr abgestimmtes Vorgehen für die Teilnahme an der vorgezogenen Bundestagswahl fest. Da eine Listenverbindung ohne Zusammenschluss von WASG und PDS nach bundesdeutschem Wahlrecht nicht möglich war, verzichtete die WASG zugunsten der PDS auf eine eigene Teilnahme an der Bundestagswahl 2005. Stattdessen kandidierten Vertreter der WASG auf offenen Listen der PDS. Bedingung der WASG dafür war die Umbenennung der PDS noch vor den Bundestagswahlen. Ein PDS-Sonderparteitag am 17. Juli 2005 stimmte einer Namensänderung zu. Die Partei nannte sich von PDS in die „Die Linkspartei.PDS“ (Kurzform „DIE LINKE.“) um. Den Landesverbänden stand es frei, den Namensbestandteil „PDS“ zu verwenden. Am 4. August 2005 formulierten Linkspartei.PDS und WASG ein zweites Kooperationsabkommen, in dem u.a. gemeinsame programmatische Grundlagen und die mittelfristige Perspektive des Projektes einer gemeinsamen Partei festgehalten wurden. Bei der Bundestagswahl 2005 wenige Wochen später erreichte die Linkspartei.PDS mit 8,7 % ihr bisher bestes Ergebnis auf Bundesebene, wobei ihr mit einem Ergebnis von 4,9 % erstmals auch in den alten Ländern der Durchbruch gelang.

Der Wahlerfolg des linken Wahlbündnisses und die Bildung einer gemeinsamen Bundestagsfraktion „DIE LINKE.“ im Herbst 2005 waren von richtungweisender Bedeutung für den weiteren Fusionsprozess, der am 6. Dezember 2005 durch ein drittes Kooperationsabkommen („Rahmenvereinbarung zum Parteibildungsprozess zwischen Linkspartei.PDS und WASG“) voranschritt: Grundsätzlich sollte dabei die Fusion durch Parteitagsbeschlüsse und Urabstimmungen bis spätestens zum 30. Juni 2007 durchgeführt werden. Konkurrierende Wahlantritte bei Landtags- und Kommunalwahlen sollten ausgeschlossen werden, konnten aber letztlich nicht gänzlich verhindert werden. In Berlin und Mecklenburg-Vorpommern nahmen die Landesverbände der WASG gegen den Willen des eigenen Bundesvorstandes an den dortigen Wahlen auf Länderebene im Jahr 2006 teil. Zur Klärung aller inhaltlichen und organisatorischen Fragen der Partieneubildung wurde eine paritätisch besetzte „Steuerungsgruppe“ gebildet, der wiederum thematische Facharbeitsgruppen zuarbeiteten. Im November 2006 wandelten sich Linkspartei.PDS und WASG aus fusionsrechtlichen Gründen in zwei rechtsfähige eingetragene Vereine um. Am 10. Dezember 2006 beschloss die Vorstände beider Parteien in einer gemeinsamen Sitzung die gemeinschaftlich erarbeiteten Entwürfe der Gründungsdokumente für die Partei „DIE LINKE.“ – u.a. Name, Programmatik, Satzung, Finanz- und Schiedsordnung sowie Rahmenwahlordnung – als Vorlage für die parallel tagenden Bundesparteitage der Parteien in Dortmund am 24./ 25. März 2007. Auf diesen Parteitagen stimmten die Delegierten beider Parteien mit großer Mehrheit – bei der Linkspartei.PDS mit 96,9 % und bei der WASG mit 87,7 % – den gleichlautenden Gründungsdokumenten sowie dem „Verschmelzungsvertrag“ zu. Mit letzterem wird der Verein WASG als übertragender Verein mit dem Verein Die Linkspartei verschmolzen. Nach der Zustimmung der Parteitage führten beide Parteien anschließend im Zeitraum vom 30. März bis 18. Mai 2007 Urabstimmungen unter ihren Mitgliedern über die Parteitagsbeschlüsse zur Fusion durch. Bei der Linkspartei.PDS, bei der sich 82,6 % der Mitglieder an der Urabstimmung beteiligten, votierten 96,9 % für die Fusion. Bei der Urabstimmung der WASG, an der 49,8 % der Mitglieder teilnahmen, stimmten 83,9 % der Vereinigung zu.

Am 15. Juni führen Linkspartei.PDS und WASG in Berlin zunächst ihren jeweils letzten Parteitag durch, ehe am 16. Juni 2007 der eigentliche Gründungsparteitag der Partei „DIE LINKE.“ stattfindet. Zu den wichtigsten Tagesordnungspunkten gehört die Wahl des paritätisch besetzten 44 Personen umfassenden Parteivorstandes. Dabei ist für den Parteivorsitz – zunächst bis 2010 – eine Doppelspitze geplant, für die sich der bisherige Vorsitzende der Linkspartei.PDS Lothar Bisky sowie der von der WASG stammende Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Oskar Lafontaine, bewerben. Der Gründungsparteitag wird sich mit seinen 796 Delegierten aus beiden Parteien paritätisch zusammensetzen.

Literatur:

- DIE LINKE.PDS (2007). Parteibildung von Linkspartei.PDS und WASG. Im Internet unter: <http://sozialisten.de/sozialisten/parteibildung/index.htm> [Stand: 6. Juni 2007].
- Robert Roßmann (2007). Der schwierige Weg zur Fusion, in: Süddeutsche Zeitung vom 26.03.2007.
- Spier, Tim; Butzlaff, Felix; Micus, Matthias; Walter, Franz (2007). Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden.